
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 16/3 (1989)

DOI: 10.11588/fr.1989.3.53795

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Konrad Adenauer e Alcide De Gasperi: due esperienze di rifondazione della democrazia, a cura di Umberto CORSINI e Konrad REGEN, Bologna (Società editrice il Mulino) 1984, 399 S. (= Annali dell'Istituto storico italo-germanico, Quaderno 15).

Die deutsch-italienische Zeitgeschichte ist dank institutioneller Förderung und institutionalisierter Zusammenarbeit erfreulich rührig und in einem Maße fruchtbar, wie man es sich etwa für die deutsch-französische Zeithistorie derzeit nur wünschen kann. Im Mittelpunkt stehen noch immer die Aufarbeitung der »Achse Berlin-Rom«, ein Forschungsgegenstand, der vor Jahren im Zusammenhang mit der Grundsatzdiskussion um »Faschismus« und/oder »Totalitarismus« angestoßen wurde, sowie das ungleiche Bündnis der Jahre 1943 bis 1945, das im Rahmen der Geschichtsschreibung des Weltkrieges neue Beachtung erfährt. Aber anders als im Falle von Großbritannien, Frankreich und den USA, die 1945 als Besatzungsmächte in ein besonderes Verhältnis zu Deutschland traten, hat die Nachkriegsgeschichte die Beziehung Deutschland-Italien bislang wenig beachtet.

Der vorliegende Sammelband macht insoweit einen vielversprechenden Anfang. Er geht auf eine Tagung des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient vom September 1979 zurück, die von den beiden Herausgebern, Umberto CORSINI und Konrad REGEN, Ordinarien in Venedig beziehungsweise Bonn und beide gleichermaßen ausgewiesen als Zeithistoriker und als Kenner der deutsch-italienischen Beziehungen, ausgerichtet wurde. Ausgehend von den jeweiligen unbestrittenen Gründungsvätern der Nachkriegsdemokratien in Deutschland und Italien, behandeln zwölf Beiträge diesen jüngsten Abschnitt der an wechselseitigen Bezügen, langen Beziehungen und auch historischen Parallelen so reichen deutsch-italienischen Geschichte.

Neben einer Würdigung der demokratischen Aufbauleistung der beiden Staatsmänner (Ruggero MOSCATI über De Gasperi, Heinz HÜRTE über Adenauer, Adam WANDRUSZKA über beide aus österreichischer Sicht) werden Innen- und Außenpolitik (und deren Verschränkung) in etwa gleichmäßig berücksichtigt. Innenpolitische Themen sind die Rolle der katholischen Kirche beim demokratischen Neubeginn (Burkhard van SCHEWICK), die Formulierung und Durchsetzung einer auf Ausgleich ausgerichteten Wirtschafts- und Sozialordnung (Mario BENDISCIOLI; Giovanni ALIBERTI) in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus (Alberto MONTICONE; Günter BUCHSTAB) und in Abgrenzung zur Sozialdemokratie (Konrad REGEN). Außenpolitisch stehen – wie zu erwarten – die (schließlich gemeinsame) Ausrichtung auf Europa (Umberto CORSINI), der Europagedanke und die Europapolitik der Staatsmänner (Pietro PASTORELLI; Winfried BAUMGART) im Mittelpunkt des Interesses. Beide Bereiche – Innenpolitik wie Außenpolitik – sind auf das Generalthema des Bandes bezogen, das eine deutsch-italienische Gemeinsamkeit hervorhebt: die Gründung oder Neugründung der demokratischen Staatsform, und zwar in betonter Wendung gegen jedwede Form des Totalitarismus. Dabei waren trotz ganz unterschiedlicher Ausgangsbedingungen auf beiden Seiten doch schließlich dieselben Ziele bestimmend: die Freiheit des Individuums, der kulturelle Auftrag Europas und der christliche Charakter, der die Staatsgründungen der beiden hauptsächlichen »Protagonisten« Adenauer und De Gasperi nachhaltig prägen sollte. Mithin war die Entscheidung für die Demokratie vor allem eine Absage an die Allmacht atheistischer Staatsgewalt, wie man sie in der Vergangenheit unmittelbar erfahren und in der Gegenwart als Gefahr ständig vor Augen hatte.

Die Wendung gegen den Staatsabsolutismus war aber nicht erst ein Produkt der persönlichen Erfahrung totalitärer Politik, sondern wurzelte bei beiden Staatsmännern in der katholischen Soziallehre seit Papst Leo XIII. Daraus wurden letztlich die Werte bezogen, die den Weg von der unbedingten Absage an den Totalitarismus zu einer anderen, humanen Auffassung vom Staate bestimmen mußten. Daß und wie die Wendung gegen den totalitären Staat zur Entscheidung für die Demokratie des Westens wurde, läßt sich am italienischen Beispiel wohl noch besser als am deutschen zeigen.

In einer programmatischen Rede am 23. Juli 1944, seiner ersten Rede im befreiten Rom, erklärte De Gasperi: »Il nemico della libertà è il totalitarismo di Stato ... prima viene l'uomo e poi lo Stato« (zitiert von Monticone, S. 59); die Neuordnung der Nachkriegswelt – so sein politisches *ceterum censeo* dieser Jahre – könne nur auf der Grundlage der »civiltà cristiana« erfolgen. Mit diesem Begriff knüpfte De Gasperi nicht nur an sein politisches Kredo von 1910/11 (ebd., S. 66f.) an; er hatte im Juli 1944 vielmehr das Vorbild des Westens vor Augen: »Roosevelt e Churchill sono ricordati per aver opposto nei loro discorsi 'la civiltà cristiana al concetto neo-pagano dello stato hitleriano e mussoliniano'« (S. 68). Der Kreuzzug der angelsächsischen Alliierten für die Demokratie, oder für ihre Demokratie, half schon vor Kriegsende die italienische Entscheidung für die westliche Demokratie fördern. Denn ein halbes Jahr nach De Gasperi bekannte sich auch Papst Pius XII. in seiner aufsehenerregenden Weihnachtsbotschaft öffentlich zu Wesen und Werten westlicher Demokratie. Nicht das Diktat des Siegers, vielmehr die Erfahrung mit dem alten und die Sorge vor dem neuen Totalitarismus ließen das Italien De Gasperis beim westlichen Staatskonzept Zuflucht nehmen, und zwar eingebettet in die wiederbelebte Tradition der christlichen Soziallehre.

Westdeutschland hat wenig später einen ähnlichen Weg genommen, zwar unter alliierter Kuratel, aber doch aufgrund derselben Wertentscheidungen, denen schließlich Adenauer zu eigenständigem Ausdruck und zum Durchbruch verhalf. Der vorliegende Band ist auch insoweit ein wichtiger Beitrag zur Nachkriegsgeschichte, als er die Bedeutung von christlicher Demokratie und katholischer Soziallehre für den Neuanfang nach 1945 betont und die jeweiligen Bedingungen des Wiederaufbaus in der vergleichenden Betrachtung der beiden Länder schärfer konturiert.

Ulrich REUSCH, Ratingen

Pierre MENDÈS FRANCE, *Pour une République moderne 1955–1962*, Paris (Gallimard) 1987, 969 S. (Œuvres complètes IV).

Der vierte Band – sechs sind vorgesehen –, mit dem die Veröffentlichung von ausgewählten Dokumenten aus dem Nachlaß von Pierre Mendès France rasch fortschreitet, setzt ein mit dem Sturz der allzu kurzlebigen Regierung von »PMF« am 5. 2. 1955 und endet mit dem, von Mendès France bekämpften Referendum über die Direktwahl des Staatsoberhauptes vom 28. 10. 1962 und den Wahlen zur Nationalversammlung vom 18. 11. 1962, bei denen Mendès France wieder – wie schon 1958 – unterliegt. Auch wenn »PMF« während dieser Jahre nur noch einige Monate unter Guy Mollet in der Regierung ist (1. 2.–23. 5. 1956), spielt er weiterhin eine wichtige Rolle in der französischen Politik, übt einen großen Einfluß auf die öffentliche Meinung aus. Der Publikation kommt also nicht nur für die Biographie von Mendès France, sondern für die französische Nachkriegsgeschichte allgemein eine beachtliche Bedeutung zu, auch wenn es sich nur um eine Auswahl handelt und man vermuten kann, daß die aufschlußreichsten, weil brisantesten Stücke der Öffentlichkeit noch vorenthalten werden.

Die Dokumente – unveröffentlichte Briefe, Reden, Presseartikel – sind chronologisch angeordnet und in drei Teile gegliedert: Der erste Teil über die Jahre 1955–1957 ist »La tentative radicale« überschrieben. Hier geht es um den Versuch von Mendès France, sich durch eine grundlegende Erneuerung der radikalen Partei, deren Führung er übernahm, das Instrument für die institutionelle Reform und die ökonomische und soziale Modernisierung Frankreichs zu verschaffen. Dieser Versuch an einem gänzlich untauglichen Objekt ist gescheitert und man hat Mühe zu verstehen, daß ein so klarsichtiger Politiker wie Mendès France ihn überhaupt hat unternehmen können. Gemäß dem chronologischen Editionsprinzip kommen in diesem Teil – wie in den beiden anderen – auch, teils recht ausführlich, andere außen- und innenpolitische Probleme zur Sprache. Im Mittelpunkt steht verständlicherweise